

Thesenpapier zur Bilanzierung des neuen Durchführungswegs Pensionsfonds beim Arbeitgeber

1. Die „finale“ Haftung des Arbeitgebers nach § 1 BetrAVG ändert den grundsätzlichen Charakter der Verpflichtung (defined benefit vs. defined contribution) nicht. Eine Pflicht zur Rückstellung (§ 249 HGB) oder zur Anhangangabe (Art. 28 EGHGB) für mögliche Unterdeckungen kann daraus nicht abgeleitet werden..

Wenn der Arbeitgeber nur zur Beitragszahlung verpflichtet ist, führt die Haftung des § 1 BetrAVG nicht zu einer Dotierungsverpflichtung des Arbeitgebers für die mittelbare Versorgungsverpflichtung. Wenn auch bei z.B. verschlechterter Rendite oder ungünstigem Risikoverlauf der Arbeitnehmer (z.B. Beitragszusage) oder der externe Anbieter die Konsequenzen trägt, trifft den Arbeitgeber auch weiterhin nur die Verpflichtung, die (ggf. vorher festgesetzten) Beiträge zu entrichten. Dies wird dann anders zu beurteilen sein, wenn mittelbar über die Festsetzung zukünftiger Beiträge der Arbeitgeber nachträglich belastet wird. Hier ist auf das konkrete Finanzierungsverfahren abzustellen. [Diese Beurteilung kann sich dann ändern, wenn der Arbeitgeber zugleich unmittelbar oder mittelbar an der Pensionsfonds-Aktiengesellschaft beteiligt ist.]

2. Eine Beitragszusage mit Mindestleistung, bei der den Arbeitgeber keine Finanzierungsverpflichtung für die Mindestleistung trifft und dem Arbeitnehmer die gutgebrachten Erträge aus der Kapitalanlage zustehen, führt im Falle einer Unterdeckung nicht zu einer Bilanzierung oder Angabe im Anhang (Handelsbilanz) und ist ein defined contribution plan im Sinne von FAS 87 und IAS 19.

Den Arbeitgeber trifft nur die finale Haftung nach § 1 BetrAVG. Es kommt ansonsten nicht zu Belastungen des Arbeitgebers aus vergangenen Beiträgen / Perioden. Genauso wenig kann es zu „Guthaben“ des Arbeitgebers kommen, durch die künftige Jahre entlastet würden. Insoweit handelt es sich um eine echte Beitragszusage im US-Sinne.

3. Eine Beitragszusage mit Mindestleistung, bei der den Arbeitgeber zwar keine Finanzierungsverpflichtung für die Mindestleistung trifft, aber dem Arbeitgeber die Erträge aus der Kapitalanlage teilweise zustehen, führt gleichfalls im Falle einer Unterdeckung nicht zu einer Bilanzierung oder Angabe im Anhang (Handelsbilanz). Im Sinne von FAS 87 und IAS 19 ist eine Bewertung der Verpflichtung durchzuführen.

Wenn dem Arbeitgeber Teile der Erträge zustehen, stellt die zukünftige Überschussbeteiligung des Arbeitgebers eine Beitragsrückerstattung dar. Handelsrechtlich ist diese Beitragsrückerstattung erst dann ergebniswirksam zu erfassen, wenn sie dem Arbeitgeber gutgeschrieben wird bzw. aus Sicht des Arbeitgebers zu einer Forderung erstarkt.

In Bezug auf eine IAS/US GAAP - Bilanzierung ist dieser Sachverhalt anders zu beurteilen. Eine zukünftig zu erwartende Rückerstattung von Beiträgen bedeutet, dass der Zahlbeitrag höher war als erforderlich. Insoweit ist der erwartete Rückfluss für IAS und US GAAP als prepaid pension expense abzugrenzen. Die Abgrenzung erfolgt über eine versicherungs-

thematische Bewertung unter Beachtung der üblichen Bewertungsgrundsätze (z.B. Korridor, Wahl der Annahmen), bei IAS 19 zusätzlich unter Beachtung der (neu gefassten) Grundsätze von IAS 19.58.

4. Übernimmt bei einer Beitragszusage mit Mindestleistung der Arbeitgeber die Garantie der Mindestleistung, ist eine daraus ggf. resultierende Verpflichtung des Arbeitgebers zu bilanzieren oder im Anhang anzugeben (HGB). Bei IAS / US GAAP ist an jedem Stichtag eine Bewertung der Arbeitgeberverpflichtungen zum einen im Hinblick auf die Mindestleistung und zum anderen im Hinblick auf die Gesamtleistung vorzunehmen. Um die Beitragszusage mit Mindestleistung in der versicherungstechnischen Ergebnisrechnung angemessen abzubilden, ist es sinnvoll, in Abhängigkeit von der Entwicklung der Kapitalanlage des Fonds ein Adjustment einzufügen, um die Veränderung des Gesamtleistungsumfangs aufgrund der Kapitalanlageergebnisse einzubeziehen.

HGB: Grundsätzlich richtet sich die Bewertung dieser Verpflichtung nach den gleichen Grundsätzen, die auch für andere Pensionsverpflichtungen des Unternehmens gewählt wurde. Untergrenze des Verpflichtungsausweises ist der Teilwert der Mindestleistung analog § 6a EStG, dabei sind zukünftige Beiträge sowie der Mindestausweis in Höhe des Barwerts der unverfallbaren Anwartschaften zu berücksichtigen.

Soweit der Zeitwert der Fondsanteile unter diese Untergrenze sinkt, ist in Höhe der Differenz grundsätzlich eine Rückstellung auszuweisen. Allerdings besteht gemäß Art. 28 EGHGB ein Wahlrecht, stattdessen die nicht bilanzierten Beträge im Anhang zu zeigen. Der Vergleich Zeitwert / bewertete Mindestleistung ist grundsätzlich in jedem Einzelfall getrennt vorzunehmen. Eine Saldierung ist nur zulässig, wenn gemäß Pensionsplan ein solcher Ausgleich zwischen Unter- und Überdeckungen auch tatsächlich vorgenommen wird.

IAS / US GAAP:

IAS / US GAAP: Eine Beitragszusage mit Mindestleistung ist wegen der Mindestleistung kein defined contribution plan. Allerdings ist bei normaler Entwicklung des Fondsvermögens bzw. der Fondserträge nicht mit einer Inanspruchnahme des Arbeitgebers zu rechnen. Insoweit sollte normalerweise der GuV-Aufwand mit der zugesagten Beitragszahlung übereinstimmen. Um nicht die Kapitalmehr- oder Mindererträge des Fonds bei einer Bemessung von actuarial gains & losses verteilen bzw. abgrenzen zu müssen, schlägt die Arbeitsgruppe ein Adjustment vor.

Im Sinne von IAS 19 kann dieses Adjustment auch als past service cost interpretiert werden, wobei hier für die Veränderung unverfallbare Ansprüche eine sofortige Amortisation vorgesehen ist. In den ersten Dienstjahren einer noch verfallbaren arbeitgeberfinanzierten Beitragszusage mit Mindestleistung kann von der Zulässigkeit einer ggü. dem Standardverfahren schnelleren Amortisation Gebrauch gemacht werden.

Bei einer Bilanzierung nach FAS 87 kommt in Verzicht auf den Korridor bei sofortiger Amortisation von Gewinnen / Verlusten aus der Kapitalanlage letztlich zum gleichen Ergebnis.

Dabei wird als ABO der (diskontierte) Wert der Mindestleistung und als PBO der Vermögensstand, mindestens jedoch die ABO angesetzt.

Beispiel 1:

Hoher Kapitalertrag (im ersten Jahr)

Annahmen: Interest = 6 %, Return on plan assets = 6 %

| | | |
|----------------|-------|---------------------|
| Contribution | 1.000 | vorschüssig |
| ABO | 800 | |
| Assets | 1.200 | |
| PBO | 1.200 | Max (ABO, Assets) |
| Normal Cost | 1.000 | =Beitrag |
| IC | 0 | keine Vorjahres-PBO |
| SCO | 1.060 | |
| | | |
| Determ. of g&l | | |
| | | |
| Exp. Assets | 1.060 | |
| Act. Assets | 1.200 | |
| Asset G&L | (140) | |
| | | |
| Exp. PBO | 1.060 | |
| Act. PBO | 1.200 | |
| Act. g&l | 140 | |
| | | |
| Total g&l | 0 | |
| | | |

Beispiel 2:

Kapitalverlust (im ersten Jahr)

Annahmen: Interest = 6 %, Return on plan assets = 6 %

| | | |
|--------------|-------|-------------------|
| Contribution | 1.000 | vorschüssig |
| ABO | 800 | |
| Assets | 700 | |
| PBO | 800 | Max (ABO, Assets) |
| Normal Cost | 1.000 | =Beitrag |

| | | |
|----------------|-------|---------------------|
| IC | 0 | keine Vorjahres-PBO |
| SCO | 1.060 | |
| Amort. g&l | 100 | |
| Determ. of g&l | | |
| | | |
| Exp. Assets | 1.060 | |
| Act. Assets | 700 | |
| Asset G&L | 360 | |
| | | |
| Exp. PBO | 1.060 | |
| Act. PBO | 800 | |
| Act. g&l | (260) | |
| | | |
| Total g&l | 100 | |
| | | |

5. Soweit der Arbeitgeber eine Leistungszusage über den Pensionsfonds finanziert, ohne dass der Pensionsfonds Garantien übernimmt, ist eine Bewertung der Arbeitgeberverpflichtungen vorzunehmen. Eine etwaige Unterdeckung ist in der HGB-Bilanz oder im HGB-Anhang auszuweisen. Bei IAS / US GAAP erfolgt eine Bewertung als (funded) defined benefit plan. Entfällt die Finanzierungsspflicht mit dem Rentenbezug, sind die entsprechenden Verpflichtungen und Vermögenswerte ab Rentenbeginn dann nicht mehr zu berücksichtigen, wenn die Erträge zur Rentenanpassung oder Leistungsverbesserung verwendet werden. (Anmerkung: § 16 BetrAVG).

HGB: Vgl. Anmerkungen zu These 4. Solange aufgrund der Überschusserwartung mit einer Inanspruchnahme des Arbeitgebers aus § 16 BetrAVG nicht zu rechnen ist, ist keine Bewertung vorzunehmen.

IAS / US GAAP: Der Übergang zur laufenden Rente ohne Finanzierungsverpflichtung und Überschussansprüche des Arbeitgebers wird in der technischen Rechnung in Höhe des Rentenbarwerts (Rechnungsgrundlagen des Pensionsfonds) wie eine Abfindung (Übertragung) behandelt. Vor Rentenbeginn sind deshalb für die Rentenbezugsphase die Rechnungsgrundlagen des Pensionsfonds anzusetzen.

6. Eine Leistungszusage z.B. in Form der Entgeltumwandlung ist dann ein defined contribution plan, wenn den Arbeitgeber über den festgelegten Arbeitgeberbeitrag oder das umgewandelte Entgelt hinaus keine weitere Dotierungs- oder Leistungsverpflichtung trifft und er auch keine Rückflüsse erhält. Wenn der Pensionsfonds die aus bereits gezahlten Beiträgen resultierenden Leistungen garantiert (z.B. bei einer beitragsorientierten Leistungszusage) und Überschüsse zur Leistungserhöhung verwendet werden, ist diese Voraussetzung sicher erfüllt.